

Mittelbauern so gefährlich. Das Zentralkomitee hat wiederholt, so auf seinem 15. und seinem 17. Plenum, ausdrücklich vor einer Vernachlässigung der Einzelbauern gewarnt. Genosse Ulbricht hat im Rechenschaftsbericht diese Warnung noch einmal unterstrichen. Aber unsere Propagandaabteilung hat daraus nicht die nötige Schlußfolgerung gezogen.

Eine weitere Schwäche unserer Propagandaarbeit besteht darin, daß sie sich ungenügend den konkreten Fragen unseres wirtschaftlichen Aufbaus zugewandt hat, um sie vom theoretischen Standpunkt aus zu klären. Infolge dieses Versäumnisses gibt es eine Reihe unklarer Fragen, und aus der Unklarheit entstehen Fehler in der Praxis.

Ich möchte hier nur eine Frage herausgreifen, die auch Genosse Ulbricht im Rechenschaftsbericht erwähnt hat, nämlich die Normenfrage. Nach den Fehlern, die im I. Halbjahr vorigen Jahres in dieser Sache gemacht worden waren und die dann korrigiert worden sind, herrscht in der Normenfrage einige Verwirrung. Und diese Verwirrung führt verschiedentlich dazu, daß in einigen Betrieben damit begonnen wird, den alten Fehler der „freiwilligen Normenerhöhung“ zu wiederholen. So haben zum Beispiel im „Fritz-Heckert“-Werk, Karl-Marx-Stadt, Partei- und Werkleitung einzelne Arbeiter ersucht, Verpflichtungen zur freiwilligen Normenerhöhung zu übernehmen. Die Vorgeschichte dazu ist folgende: In diesem Betrieb wurde der Beschluß vom Juni vorigen Jahres über die Rückführung der Normen auf den Stand vom 1. April 1953 nicht durchgeführt. Zum Ausgleich dafür erhielten die Arbeiter eine Erschwerniszulage bis zu 35 Prozent. Diese Zuschläge sollen nun durch die „freiwillige Normenerhöhung“ aus der Welt geschafft werden. Die besten Brigaden mit den höchsten Produktionsleistungen und den meisten Selbstverpflichtungen sind verärgert, weil sie durch die Normenerhöhung eine Lohnherabsetzung erfahren würden. Die ganze Verwirrung hätte aber vermieden werden können, wenn wir in unserer Propagandaarbeit Klarheit in der Normenfrage geschaffen und erläutert hätten, daß die „freiwillige Normenerhöhung“ einzelner Arbeiter oder Brigaden dem Leistungsprinzip widerspricht, das die Grundlage unserer gesamten Lohnpolitik ist. Es ist unzulässig, daß in dem gleichen Betrieb für die gleiche Arbeit verschiedene Normen bestehen, so daß die besseren Arbeiter mit höheren Leistungen für die gleiche Arbeit weniger bezahlt bekommen als weniger gute Arbeiter mit niedrigeren Leistun-